



Newsletter 28, Nr 1/2006



März 2006

Editorial

Die vorangegangene Ausgabe des ÖGS-Newsletters hat unterschiedliche Reaktionen hervorgerufen. Leserinnen und Leser lobten Initiative, Aufbau, Länge und Layout des Newsletters. Andererseits entstand auch der Eindruck, der Newsletter vermittele ein durchwegs negatives und entmutigendes Bild von wissenschaftlichen Stand und gesellschaftlichen Status der Soziologie in Österreich anbelangt.

Wie begründet oder unbegründet dieser Eindruck auch immer sein mag: es sollte klargestellt werden, dass die Redaktion des ÖGS-Newsletters ihren Autoren keine inhaltlichen Vorgaben macht. Für die Inhalte der Artikel sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Dass Beiträge im ÖGS-Newsletter veröffentlicht werden, bedeutet nicht, dass sich darin zum Ausdruck gebrachte Meinung mit der der Redaktion oder einzelner Redaktionsmitglieder deckt, sondern entspricht vielmehr der Natur des Newsletters als Forum von und für Mitglieder der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie.

Ungeachtet dessen hilft uns jede Rückmeldung von Seiten der Leserschaft, gleich ob Lob oder Kritik, die Gestaltung des Newsletter zu verbessern. Wir haben dafür eine neue Email-Adresse angelegt: newsletter@oegs.ac.at und hoffen auf zahlreiche Post.

Mit freundlichen Grüßen,
Christian Dayé

Inhalt	
Administratives: Die neue ÖGS-Homepage	Seite 2
Forschung in den Ländern: Vorarlberg	Seite 3
Tagungsankündigung	Seite 6
Kennen Sie Ihren Zeitungsausträger?	Seite 8
Soziologie im Bild - Bilder der Soziologie	Seite 12

Administratives: Die neue ÖGS Homepage

Von Markus Schweiger, Generalsekretär der ÖGS.

Auch wenn es dem einen oder anderen Mitglied beim Surfen durch das Netz schon aufgefallen sein wird, so möchte ich an dieser Stelle doch den Hinweis auf die neu gestaltete Homepage der ÖGS auf <http://www.oegs.ac.at/> anbringen. Vorgenommen wurden vor allem Änderungen am Design der Homepage, im Bereich der zu Verfügung stehenden Menüpunkte sowie – weniger offensichtlich, aber für eine funktionierende Homepage von großer Bedeutung – im Content Management System (kurz: CMS).



Screenshot der neuen Homepage

Grundsätzlich gleich geblieben sind die Möglichkeiten der Mitglieder, Veranstaltungen, Neuerscheinungen und Jobangebote oder -anfragen selbst auf die Homepage zu stellen. Ebenfalls weiterhin möglich – und für einen reibungslosen Ablauf der administrativen Tätigkeiten von Seiten des ÖGS-Vorstands höchst erwünscht – ist die Online-Verwaltung und Aktualisierung der Mitgliedsdaten durch das einzelne Mitglied. Zur Benutzung all dieser Dienste ist es notwendig, sich mittels Benutzername und Passwort einzuloggen: Der Benutzername ist im

Regelfall vorname_nachname; die Zusendung eines Passworts – falls Ihnen das akute entfallen ist – an Ihre E-Mail-Adresse ist automatisiert möglich. Insbesondere um die Kommunikation mit den Mitgliedern möglichst einfach und effizient zu gestalten, möchte ich Sie daher ersuchen, in den nächsten Tagen Ihre Kontaktdaten zu überprüfen und diese, wenn notwendig, zu aktualisieren.

Neben den schon bekannten Menüpunkten wurden einige neue hinzugefügt. Hier möchte ich vor allem das Forum und das 'Schwarze Brett' erwähnen, die Möglichkeiten zur Diskussion, aber auch für Ankündigungen – welche nicht in die oben genannten Kategorien fallen (z.B. bin zu Reichtum gekommen, ziehe in die Südsee und verkaufe meine Bibliothek. Interessenten melden sich...) – bieten. Ebenfalls hinzugekommen ist ein Kontaktformular, welches die Kontaktaufnahme mit Vorstand und Sekretariat der ÖGS erleichtern soll.

Die inhaltliche Überarbeitung einzelner Punkte – z.B. das Entfernen veralteter Job- und Veranstaltungseinträge – ist noch nicht vollkommen abgeschlossen und wird während der nächsten Monate kontinuierlich weiter geführt werden. Ich hoffe, dass die Angebote und Möglichkeiten der Homepage auch von den Mitgliedern der ÖGS genutzt werden und somit die Arbeit der Organisation erleichtert und noch weiter professionalisiert, sowie die Kommunikation unter den Mitgliedern intensiviert wird. Sollten diesbezüglich Fragen offen sein oder der Zugriff auf die personalisierten Dienste nicht klappen, so benutzen Sie bitte das auf der Homepage befindliche Kontaktformular oder senden Sie mir eine E-Mail an: kontakt@oegs.ac.at.

Sozialwissenschaftliche Forschung in Österreichs Bundesländern: Vorarlberg

Notizen aus der sozialwissenschaftlichen Wüste Vorarlbergs, aufgezeichnet von Simon Burtscher.

Versucht man einen Überblick über die sozialwissenschaftliche Forschungslandschaft Vorarlbergs zu geben, liegt der Vergleich zur Wüste nahe. Beide Orte sind durch einen Mangel an Ressourcen gekennzeichnet, der sich in der Kargheit der Landschaft widerspiegelt. Ähnlich Oasen in einer Sandwüste, verlieren sich die wenigen sozialwissenschaftlichen Aktivitäten in Vorarlberg in der Weite des Feldes, ohne nachhaltig thematisiert und vernetzt zu werden.

Der „zentrale“ und gleichzeitig einzige Ort für sozialwissenschaftliche Forschung in Vorarlberg ist die Fachhochschule Vorarlberg. Dort befindet sich seit Dezember 2002 die Forschungsgruppe „Sozial- und Wirtschaftswissenschaften“, deren Leistungen empirische Sozialforschung, Struktur- und Prozessanalysen, den Aufbau von Entwicklungsmodellen, sowie die Implementierung und Evaluation von Modellprojekten umfassen. Die Forschungsaktivitäten stehen oftmals im Zusammenhang mit Themenfeldern des Studiengangs „Sozialarbeit“ und verfügen zumeist über einen Anwendungsbezug.

Die Nähe zur Praxis als Stärke der Fachhochschulen entspricht dem Vorarlberger „Grundbedürfnis“ nach Praxisbezug, geht aber gleichzeitig mit einem Defizit an Forschungsprojekten zur Entwicklung der Vorarlberger Gesellschaft aus sozialwissenschaftlicher Perspektive einher. Betrachtet man die einzige im letzten Jahr zu diesem Forschungsbereich durchgeführte Studie, wird einem die angesprochene Kargheit eindrucksvoll vor Augen geführt. Die Fachhochschule führte im Auftrag des „Büros für Zukunftsfragen“ der Vorarlberger Landesregierung eine repräsentative Untersuchung zum Thema „Sozialkapital“ durch.¹ Das Büro für Zukunftsfragen bemüht sich seit vielen Jahren um dieses Thema, und erfüllt damit auch ein politisch

ideologisches Grundbedürfnis der Landesregierung und weiter Teile der Vorarlberger Bevölkerung. Die Studie versucht zu klären, inwieweit die Menschen in Vorarlberg ausreichend mit Sozialkapital versorgt sind, bzw. ob es diesbezüglich strukturelle Lücken gibt. Die Studie bezieht "Sozial-Kapital", in Ahnlehnung an die Definition Putnams, auf Normen und Netzwerke der Zivilgesellschaft, die es Bürgergruppen ermöglichen, für einen gemeinsamen Wohlstand zu kooperieren, und sozialen Institutionen, sich produktiver zu entwickeln. Soziales Kapital ist folglich in unterschiedlichen Formen gemeinschaftlicher Netzwerkstrukturen (Freundschaften, Familienbande, Vereinsstrukturen), sowie in ethischen Maßstäben wie Freiwilligkeit, Vertrauen und Nächstenliebe wirksam und wird auch in diesem Sinne in der Studie operationalisiert.



Auf der Suche nach gangbaren Wegen durch die Wüste Vorarlbergs: Simon Burtscher

Die Ergebnisse der Studie zeigen erneut, dass Vorarlberg nach wie vor über ein dicht geknüpftes soziales Netz verfügt. Die Studie bemüht sich, der Forschungstradition im Land entsprechend², die positiven Einflüsse des Sozialkapitals auf die Faktoren Zufriedenheit und Glück und die günstigen Auswirkungen von bürgerschaftlichem Engagement auf die Lebensqualität aufzuzeigen. Darstellung und Interpretation der Ergebnisse werfen jedoch einige kritische Fragen auf und sind in manchen Teilbereichen sowohl inhaltlich als auch methodisch diskutierbar. Bis heute ist mir jedoch diesbezüglich keine öffentliche Diskussion bekannt. Anstatt die Studie zu nützen, um Stärken und Schwächen in der sozialwissenschaftlichen Analyse Vorarlbergs zu reflektieren, werden die Ergebnisse vom Büro für Zukunftsfragen auf Anfrage an Interessierte weitervermittelt, ohne die Bedeutung der Ergebnisse methodisch und inhaltlich zu hinterfragen. Diese fehlende kritische Auseinandersetzung und Reflexion ist ein wesentliches Merkmal der sozialwissenschaftlichen Landschaft Vorarlbergs und spiegelt den Mangel an sozialwissenschaftlich kompetenten Fachpersonen wider.

Neben den Aktivitäten der Fachhochschule finden vereinzelt kleinere Forschungsprojekte statt, die von größeren Institutionen, wie z.B. der Arbeiterkammer, in Auftrag gegeben werden und meistens von externen, nicht in Vorarlberg ansässigen privaten Sozialforschungsbüros durchgeführt werden. Ein kompetentes, privates Sozialforschungsbüro existiert in Vorarlberg nicht, was als weiteres Indiz der Kargheit gesehen werden darf.

Sucht man nach Gründen für diese Kargheit, so stößt man neben dem Mangel an finanziellen und personellen Ressourcen im Fachbereich unvermeidlich auf die lange Denktradition des „Vorarlberger Pragmatismus“, der durch seine Praxisnähe gekennzeichnet ist, und in dem der „Hausverstand“ über den Sachverstand dominiert. Diesem Ideal des „Vorarlberger Weges“ entsprechend, steht auch in der Forschung die Anwendung und Praxisnähe im Vordergrund, wohingegen die theoretische Reflexion und Erklärung nachrangig sind. So wird diese „spezifische Vorarlberger Denkweise“, die noch heute

quer durch alle Bevölkerungsschichten mit dem „Allemannenmythos“ begründet wird, als Erklärung für gesellschaftspolitische Entwicklungen auf allen Ebenen angeführt. Dass die Analyse der Entstehung dieses Mythos und seine Widerlegung durch Markus Barnay³ und andere Autoren nur wenig an der alltäglichen Verwendung des Mythos geändert haben, verstärkt den Eindruck der nicht vorhandenen Rezeption historischer und sozialwissenschaftlicher Analysen zusätzlich. Anstatt dessen wird der Mangel an wissenschaftlicher Sachkompetenz durch ein „gehöriges“ Maß an Hausverstand ausgeglichen.

Das hier präsentierte Bild von der kargen sozialwissenschaftlichen Landschaft Vorarlbergs, widerspricht sicherlich dem Mythos vom „Goldenen Westen“, der in weiten Teilen der Bevölkerung Vorarlbergs vorherrscht. Eine profunde Analyse dieses Widerspruchs wäre eine wesentliche Aufgabe der Sozialwissenschaften. Diese Notizen verstehen sich deshalb auch als konstruktive Anregung dazu, das Selbstverständnis der Vorarlberger und ihre Wir-Bilder vor dem Hintergrund der historischen Entwicklung des Landes sozial- und gesellschaftswissenschaftlich zu analysieren. Im Zuge einer solchen Diskussion könnte sich ein Profil für die Sozialwissenschaften herausbilden, das einige Stärken Vorarlbergs, wie z.B. seine relativ flachen Hierarchien und die bereits erwähnte Kompetenz im Anwendungsbereich von Entwicklung und Forschung, durch theoretische, analytische Kompetenzen ergänzt.

Im Gegensatz zu einer Sandwüste wäre es nämlich in Vorarlberg möglich, mit relativ wenigen Mitteln die sozialwissenschaftliche Landschaft zu begrünen. An dieser Stelle sollen einige mögliche Ansätze skizziert werden.

In einem ersten Schritt müsste die Forschungsszene belebt und gefördert werden. Hierzu wären Reflexionsräume und Veranstaltungen zur Entwicklung der Vorarlberger Gesellschaft aus sozialwissenschaftlicher Perspektive notwendig. Derzeit gibt es in diesem Bereich nur wenige

Bemühungen, wie z.B. die Veranstaltungsreihe „Tangenten“ am Theater am Saumarkt in Feldkirch, die als zarte Pflänzchen in dieser kargen Landschaft täglich ums Überleben kämpfen müssen und auf wenig Anerkennung und Aufmerksamkeit stoßen. Gleichzeitig müsste man die regionale Forschungsszene stärker an über-regionale Zentren wie Innsbruck, München, Konstanz und Zürich anknüpfen. Die günstige regionale Lage Vorarlbergs würde sich dafür bestens eignen.

Bezüglich Forschungsförderung wäre es notwendig für die Erarbeitung von für Vorarlberg besonders relevanten sozialwissenschaftlichen Themen Forschungsstipendien vor Ort einzurichten, die auch finanziell adäquat honoriert sind. Diese Forschungsstipendien sollten in Vorarlberg verankert sein und könnten z.B. mit einem Arbeitsplatz in einer Vorarlberger Institution, die für den Themenbereich relevant ist, verknüpft oder auch an der Fachhochschule platziert sein. So könnten neue Wissens- und Kompetenzorte entstehen, deren zentrale Aufgabe neben der Forschung auch die nachhaltige Vermittlung der Forschungsergebnisse wäre. Diese Kompetenzzentren könnten auch als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis agieren und die oben erwähnte Vernetzung zu überregionalen Forschungszentren übernehmen. Dies würde wesentlich zur Belebung der Forschungsszene und zur Vernetzung ihrer Akteure, im Sinne des von der Landesregierung bereits initiierten "Scientific Network Vorarlberg", beitragen, indem neue Reflexionsräume für sozialwissenschaftliche Fragestellungen geschaffen werden.

Weiters wäre es sinnvoll, die unzähligen Diplomarbeiten und Dissertationen von Vorarlberger Studierenden mit Vorarlbergbezug besser zu honorieren, indem man ihnen eine Bühne für die Präsentation besonders herausragender Arbeiten bietet und diese Arbeiten auch mit Preisen und vor allem Aufmerksamkeit honoriert. Sie könnten dadurch Teil eines lokalen Forschungsnetzwerkes werden. Im Sinne

eines Bildungs- und Innovationsfonds, könnten bestehende Netzwerkstrukturen gefestigt und durch immer neue, junge SozialwissenschaftlerInnen ergänzt werden. Die bisherigen Förderungen sind für junge talentierte SozialwissenschaftlerInnen jedenfalls weder ausreichend, noch anregend genug.

Die Politik und die Vorarlberger Sozialwissenschaftler sind dazu eingeladen durch diese und weitere Maßnahmen das Potential Vorarlbergs zu nutzen, um aus der sozialwissenschaftlichen Wüste eine ebenso blühende Landschaft werden zu lassen, wie sie in anderen Gesellschaftsbereichen bereits besteht.

Simon Burtscher arbeitet als Soziologe bei okay. zusammen leben, Projektstelle für Zuwanderung und Integration in Vorarlberg. Nach dem Studium der Soziologie in Graz und Waterloo (CA) schreibt er zur Zeit an seiner Dissertation zum Thema "Etablierungsprozesse von MigrantInnen in Vorarlberg".

Anmerkungen:

¹ Denz, Hermann, Battisti, Martina (2005): *Sozialkapital in Vorarlberg*. Bericht. FH Vorarlberg.

² Vgl auch: Land Vorarlberg (Hg.) (2002): *Sozialkapital. Gesellschaft und Gemeinsinn in Vorarlberg*.

³ Barnay, Markus (1988): *Die Erfindung des Vorarlbergers. Ethnizitätsbildung und Landesbewußtsein im 19. und 20. Jahrhundert*. Studien zur Geschichte und Gesellschaft Vorarlbergs 3. Bregenz: Vorarlberger Autoren Gesellschaft.

Tagung: "Heteronormativität und Homosexualitäten. Forschung in Anknüpfung an Michael Pollak"

Call for Papers

Termin: 09. - 11. November 2006

Ort: Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz, Österreich

Mail to: rainer.bartel@jku.at

Ziele der Tagung

- Thematisierung unterschiedlicher Aspekte von lesbischen, schwulen und anderen nicht-heterosexuellen Lebensformen im Kontext einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Konzept der Heteronormativität als gesellschaftlichem Strukturierungsprinzip.
- Reflexion der Arbeiten Michael Pollaks im Bereich der Schwulenforschung und Sexualpolitik; Pollak hat in Linz Soziologie studiert.
- Diskussion von Perspektiven zur Entwicklung eines entsprechenden Forschungsnetzwerkes von WissenschaftlerInnen.
- Anregungen aus den Tagungsergebnissen für die politische und kulturelle Agenda, unter anderem auch im Zusammenhang mit dem Projekt „Linz 2009 – Kulturhauptstadt Europas“.

Konzeptuelle Leitlinien

Das Konzept der Heteronormativität entwickelt eine Wirkmacht auf zumindest zwei Ebenen: Als Konzept, das die Menschen in die Form zweier körperlich und sozial eindeutig voneinander unterschiedener Geschlechter drängt, stellt es erstens eine Ordnung im Hinblick auf Geschlechtsidentitäten und sexuelle Orientierungen her, die alle anderen nicht-heterosexuellen Formen des Lebens und Begehrens ausgrenzt. Als Konzept, das die Heterosexualität als umfassendes gesellschaftliches Ordnungssystem fundiert, strukturiert es zweitens das Zusammenleben der Menschen auch jenseits der Sexualität und des

Begehrens. Heteronormativität ist als strukturierendes Prinzip in die gesellschaftliche Arbeitsteilung, in die Institution der Familie, in die herrschenden Geschlechterverhältnisse und Geschlechterbeziehungen und in unsere gesamte Vorstellungswelt eingeschrieben. Mit der Tagung wollen wir darauf reagieren, dass lesbische und schwule Individuen und Szenen nicht mehr die einzigen sind, die sich durch die herrschenden Normen der Heterosexualität in ihrer Lebensführung eingeschränkt fühlen. In den letzten 15 Jahren haben sich die Szenen vervielfältigt, die heterosexuelle Identitätskonstruktionen und Identitätspolitiken als normative Zwänge erleben, und sozial wie körperlich einen anderen Umgang mit ihrer Geschlechtlichkeit versuchen wollen.

Die Tagung richtet sich an Forschende, die sich aus unterschiedlichsten Positionen mit diesen vielfältigen Szenen nicht-heterosexueller Lebensformen beschäftigt haben, die befreiende aber ebenso die einschränkende Wirkung von sexuellen Identitätskonstruktionen und Identitätspolitiken thematisieren und Strategien zu Lebensformen jenseits des Prinzips der Heteronormativität diskutieren.

Besonders willkommen sind Beiträge zu folgenden **Themenblöcken**:

- Aufarbeitung der kritischen Auseinandersetzung mit der Kategorie „Heterosexualität als Institution“, die historisch weiter zurückreicht als die Entwicklung der Queer Theory, in dem jeweiligen konkreten Zusammenhang von Bewegungen und Ideen; beispielhaft könnte hier der Begriff des „Heterosexismus“ in der zweiten Frauenbe-

wegung oder der Begriff der „Zwangs-heterosexualität“ bei dem Psychoanalytiker Sandor Ferenczi genannt werden.

- Analyse der Wirkungsweise von Heteronormativität als allgemeine „Technologie der Macht“ im Bereich der Sexualität, der Körperlichkeit, aber auch in anderen gesellschaftlichen Feldern – einschließlich der Frage, mit welchen Methoden/Strategien die vom Prinzip der Heterosexualität ausgehende strukturelle Gewalt sichtbar gemacht werden kann.
- Phänomene der Übernahme oder Transformation von sozialen, körperlichen oder symbolischen Praktiken, die im Kontext lesbischer, schwuler oder queerer Subkulturen entwickelt wurden, in die Welt der heterosexuellen Lebensformen.
- Analyse der Bedeutung von Formen des Going Public durch anerkannte Persönlichkeiten des politischen und kulturellen Lebens für die Lockerung der Grenzen gegenüber Alternativen zur Heterosexualität.
- Untersuchungen zu lesbischen, schwulen und queeren Szenen unter dem Gesichtspunkt sozialer Bewegungen, ihrer Organisation und Binnendifferenzierung, ihrer Ermächtigung und ihres Avantgarde-Anspruchs gegenüber der heterosexuellen Mehrheitskultur.
- Fragen von Möglichkeiten der Interaktion, Organisation und der Erweiterung des Wirkungsfeldes nicht-heterosexuellen Szenen im Zusammenhang mit der Nutzung von neuen Medien.
- Untersuchung zur Bedeutung von Szenen als episodische soziale oder sexuelle Durchgangsräume für Personen, die mit ihrer geschlechtlichen Identität oder Orientierung experimentieren und diesbezügliche Erfahrungen suchen wollen.

Organisatorisches

Konferenzsprache ist prinzipiell Deutsch, in Ausnahmefällen auch Englisch.

Die Einreichung der Abstracts bzw. Papiere soll elektronisch erfolgen. Die einzureichenden Abstracts haben (geplante) Inhalte und Methodik zu beinhalten und sollen auch für interessierte LaiInnen verständlich formuliert sein.

Der Umfang der einzureichenden Abstracts soll etwa 5000 Zeichen (ohne Leerzeichen) ausmachen. Die VeranstalterInnen werden bemüht sein, den ReferentInnen die Reisekosten für ein günstiges Reisemittel zu ersetzen. Von ReferentInnen wird kein Tagungsbeitrag eingehoben. Die endgültige Entscheidung über die Abhaltung der Tagung in der geplanten Form hängt von der Finanzierbarkeit ab.

Zeitplan

Die Abstracts der geplanten Tagungsbeiträge müssen bis zum 14. März 2006 bei der angegebenen Mail-Adresse eingelangt sein; das Risiko geht zu Lasten der BewerberInnen. Die Entscheidung des Programmkomitees über die Beiträge zur Tagung und die Erstellung eines Tagungsprogramms fällt bis **24. April 2006**.

Der vollständige Call for Papers kann unter http://www.frauen.jku.at/gender/Veranstaltungen/Call_for_Papers.pdf abgerufen werden.

Kennen Sie Ihren Zeitungsausträger?

Diesmal in der Rubrik für Studierende: Philipp Korom, Studierender und Mitautor einer kürzlich unter dem Titel "Wo bleibt heute die Zeitung?" veröffentlichten Sozialreportage über Arbeits- und Lebensbedingungen von ZeitungsausträgerInnen, beschreibt, wie Marktliberalisierung des Zeitungsverteilerwesens und die Erfindung des „Neuen Selbstständigen“ einen neuen Typus von Austräger geschaffen haben: den unterbezahlten Asylwerber ohne Kranken-, Pensions- oder Unfallversicherung. Er ist „flexibel“, aber weder frei noch selbstständig.

Wenn 2006 in der Öffentlichkeit über Zeitungsausträger geredet wurde, dann hatte das bislang spektakuläre Gründe: ein Leichenfund in Wels, ein Wohnungsbrand in Asten/Steyr, eine Messerattacke in Graz. Die Austräger wurden als erste auf Tote aufmerksam, sie retteten Betrunkene vor den Flammen oder entkamen knapp einem Mordversuch. Kurz: die Geschehnisse rund um die Austräger eigneten sich für große Schlagzeilen. Nur eine Headline blieb aus: das monatliche Bruttoeinkommen eines Zeitungsausträgers ist über alle Branchen hinweg in Österreich das niedrigste! Es liegt nach Aussagen der Gewerkschaften bei 670 Euro. Eigene Recherchen zeigen, dass es auch auf 450 Euro im Monat sinken kann. Die schlechte Bezahlung ist im Wesentlichen auf einen globalen Strukturwandel im Verteilerwesen zurückzuführen. Das belegt eine am Grazer Institut für Soziologie von sechs Studenten durchgeführte Fallstudie, die kürzlich im Studienverlag als Monographie unter dem Titel „Wo bleibt heute die Zeitung?“ erschienen ist. Ein Ko-Autor möchte in diesem Beitrag mit den Stilmitteln derer, die er kritisiert, aufzeigen, was dem geschulten Journalistenaugen bislang entgangen ist: In „Wo bleibt heute die Zeitung“ finden sich Puzzlestücke, die, einmal zusammen gelegt, einen genialen Zeitungsaufmacher ergeben könnten!

Puzzlestück I: Zeitungsaustragen damals

Vor 15 Jahren hatten die großen österreichischen Medienhäuser ihre eigenen Austräger, mit fixem

Dienstvertrag und allen dazu gehörigen Sozialleistungen, die das Ungemach des nächtlichen Arbeitens bei Wind und Wetter wenigstens ein wenig kompensieren konnten. Nachts zu arbeiten ist nicht jedermanns Sache, aber angesichts familiärer Verpflichtungen und/oder geringer Qualifikation haben sich schon immer leicht Austräger gefunden. Mütter stellten das Gros in dieser Berufsbranche. Das Austragen konnte schnell erlernt werden und die Nachtarbeit ließ Zeit für die Kinderbetreuung. Außerdem schätzte man die relative Autonomie. (Originalzitat: „*Keiner schaut dir auf die Finger. Sagt dir, wie du was tun sollst.*“) Für diese Personengruppe wurde der Job meist „*klebrig*“, d. h. man blieb aufgrund nicht vorhandener Alternativen beim täglichen Austragen. („*Ich habe mir gesagt, ich mache das bis die Kinder Schule gehen. [...] Aber man bleibt einfach hängen.*“.)

In den Ferien sprangen gern Studenten für die hauptberuflichen Kollegen ein. Ägyptische Kolporteure sahen die nächtliche Arbeit als Alternative zu den lauten Straßenkreuzungen. Man war mit der Arbeit einigermaßen zufrieden, auch wenn man zu Silvester die Treppen hoch hetzte, während andere die Korken knallen ließen. In der von den Autoren untersuchten Firma gab es für die Dienstnehmer sogar Privilegien: Gutscheine einer großen Handelskette, Weihnachtspakete, Betriebstreffen als feste Institution. Aufgrund des Umstands, dass die

Kolporteur*innen monatlich das Zeitungsgeld zu kassieren hatten, kamen auch persönliche Kundenkontakte zustande. Unter den Kolporteur*innen gab es, wie auch heute noch, ein berufsspezifisches Ethos: Sei schnell, automatisiere deine Handgriffe, werde nicht wehleidig. Mit dieser Einstellung konnte man bei einer großen Anzahl an ausgetragenen Zeitungen (600-700 Stück) zwischen zwei und sechs Uhr nachts seinen Lebensunterhalt verdienen. Die Arbeit hatte aber, damals wie heute, Konsequenzen für die Gesundheit. Eine Fragebogenerhebung und Interviews förderten eine große Anzahl an körperlichen Beschwerden zu Tage: chronische Übermüdung, Herzrhythmusstörungen, Gelenksabnutzung, Rückenschmerzen, u. a.. Das Arbeitsinspektorat „schläft“ indes. Die Arbeitsmediziner werden nach Amtsvorschrift erst dann aktiv, wenn ein Beruf als „gefährlich“ eingeschätzt wird. Das Zeitungsaustragen ist aber derzeit ein einziger Graubereich – keiner scheint zu wissen, wer wie was unter welchen Bedingungen verrichtet.

Puzzlestück II: „Outsourcing“

Das Zeitungsaustragen ist heute weitgehend „outgesourct“, d. h. an spezialisierte Dienstleister weitergegeben worden. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es verständlich, dass Zeitungsverlage nicht effizient ausführbare Aufgaben, die nicht zum Kerngeschäft gehören, anderen überlassen. Doch die einfache Maxime: „Do what you can do best – outsource the rest“ schafft eine neue, komplexe Realität – und das zu Ungunsten der Austräger.

Puzzlestück III: Zeitungsaustragen heute

Die neuen Verteilerunternehmen brachten ihr Knowhow ein und stellten, um Kosten zu sparen, auf neue Arbeitsmodelle um. So arbeiten seit 2002 für die aus den Niederlanden kommende Redmail nur noch „Neue Selbstständige“. Dadurch senkt man die Lohnnebenkosten. Oder anders herum: So entgehen dem Staat all jene Abgaben, die den Dienstgebern auferlegt wurden, um unser Sozialsystem mitzufinanzieren. Soziologisch am Aufschlussreichsten ist wohl aber eine dritte Perspektive, nämlich die der Arbeiter. Was bringen ihnen die neuen Arbeitsverträge, was haben sie vom

dem sprachlichen Bombast („Ein-Mann-Unternehmen“, „Flexibilität“, „Ich-AG“ u. a.)?

Die Hauptfolge ist ein deutlicher Lohnrückgang durch ethnische Unterschichtung. Eine Gruppe, die üblicherweise keine Beschäftigungsbewilligung hat, bekommt Zugang zu diesem neuen Segment des Arbeitsmarktes: Asylwerber. Sie dürfen rein rechtlich als Werkvertragsnehmer arbeiten. Die Beschäftigungspyramide ist somit nach unten hin offen. Die Anzahl potenzieller Arbeitskräfte schnell nach oben, und da sich Gehälter nach Angebot und Nachfrage richten, sind die Löhne heute im Keller.

Der Lohnrückgang hat aber auch einen anderen Grund. Um flexibler zu sein, werden die Rayons der Austräger verkleinert. Die meisten tragen im Vergleich zu „damals“ um einige hundert Zeitungen weniger aus. Das bedeutet weniger Verdienst. Bezahlt wird nämlich nach Gewicht je 1000 Stück, wobei auch die Art des Rayons berücksichtigt wird (Häuser mit oder ohne Lift, etc.) Ein typischer Lohnschlüssel kann folgendermaßen aussehen: Wochenzeitung X, Gewicht in Gramm: bis 150, Rayon A, je 1000 Stück = 21, 80 Euro. Dazu kommen dann vertragliche Details, die den Asylwerbern bei Vertragsunterzeichnung aufgrund ihrer geringen Deutschkenntnisse wohl stets verborgen bleiben dürften: Für andere auszutragende Produkte (Werbeprospekte, etc.) erhält man weniger, auch wenn diese erheblich mehr wiegen und deshalb mehr Arbeitsaufwand bedeuten. Auch die Kosten für die Beschaffung und/oder Reparatur der Arbeitsgeräte (Rad, Moped, Auto) sind selber zu bestreiten. Selbständig bedeutet schlussendlich auch, dass das eigene Handy als Diensthandy erhalten muss, wenn zum Beispiel die Arbeiter die Zentrale darüber informieren müssen, dass zu wenig Zeitungen an der Verteilerstelle abgelegt wurden. Beschwerden über schlechte Arbeitsbedingungen kann man sich aufgrund der starken Konkurrenz nicht leisten. Es überrascht daher wenig, dass es für die neuen Ein-Mann-Unternehmen auch keine Interessensvertretung gibt.

Puzzlestück IV: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“ – auch Verträge sind flexibel

Es spricht wenig dafür, dass das Zeitungsaustragen tatsächlich eine konkret definierte, im Vertrag vereinbarte Leistung ist, die die Arbeiter selbstständig und eigenverantwortlich erbringen können. Aber genau das ist die rechtliche Voraussetzung dafür, jemanden als „Neuen Selbstständigen“ anstellen zu können. Beobachtungen im Felde zeigen, dass Austräger in den Betrieb eingeordnet werden. Als letztes Glied in der Verteilerkette sind sie interdependent und zwar buchstäblich so, wie wir es nun einmal von anderen Kettengliedern her kennen: Bricht der Kontakt nach „oben“ hin ab, verliert der Austräger seine Funktion und die angeblich unabhängige Ich-AG entpuppt sich als bloßer Schein. Einige Beispiele sollen die Interdependenz¹ in ihren vielseitigen Erscheinungsformen verdeutlichen: Zeitungen, adressierte Zustellungen und Prospekte müssen spätestens bis sechs Uhr Früh bei der Kundschaft sein – diese Produkte sind jedoch erst ab etwa zwei Uhr morgens auf dem Ablageplatz zu finden. Bei abendlichen Fußballübertragungen, Defekten im Druckwerk, etc., kommt es zu Verzögerungen im Druck und somit auch in der Verteilung und die „unabhängigen“ Austräger müssen in der Kälte warten.

Die Arbeiter müssen sich an ein Tourenbuch halten, in dem Anweisungen darüber notiert sind, wie die Arbeit verrichtet werden soll. Sollte sich am routinemäßigen Verlauf etwas ändern, so müssen die Vorgesetzten darüber informiert werden. Außerdem werden die Beschäftigten regelmäßig kontrolliert. So möchte die Firma sicherstellen, dass auch alle Produkte vor der richtigen Türe landen.

Selbstständigkeit kann semantisch breit ausgelegt werden. Aber welche Gemeinsamkeiten kann man zwischen der täglichen Tätigkeit des Zeitungsaustragen und z. B. dem einmaligen Auftritt einer Opernsängerin finden (die oftmals auch auf Werkvertragsbasis arbeitet)?

Der Oberste Gerichtshof sieht in diesen „sachlichen Weisungen“, wie er es nennt, keine Einschränkung „der persönlichen Gestaltungsfreiheit“ der Austräger. (8 ObA 45/03f-4). Für einen Werkvertrag würde vor allem das „vorhandene, echte Vertretungsrecht“ (Delegation der Arbeit an einen Dritten) sprechen. Im Urteil räumt

der OGH aber dennoch ein, dass „gewichtige Argumente“ für das Vorliegen eines „freien Dienstvertrags“ sprechen würden. Dem OGH blieb verborgen, dass nur ein verschwindend kleiner Anteil das Vertretungsrecht auch tatsächlich nutzt. Die Gründe hierfür sind zahlreich: langwierige Einschulung, Angst vor Kundenbeschwerden bei falsch oder nicht abgelieferten Produkten, etc. Wie auch immer, der Richterspruch ist nun einmal Tatsache. Die schlechten Arbeitsbedingungen scheinen den Austrägern weiterhin unabänderbar. Die Unternehmen haben aber dazu gelernt: Werkverträge werden ständig abgeändert, mit juristischer Raffinesse neu formuliert, damit ja keine weiteren Zweifel an der Legitimität der Werkverträge der Austräger aufkommen können – Flexibilität, wohin man auch sieht.

Puzzlestück V: Postliberalisierung

Die totale Postliberalisierung ist in Österreich beschlossene Sache. Die so genannten „Hausbrieffachanlagen“ werden ausgewechselt. Sie werden nicht mehr mit (Post-) Schlüssel zu öffnen sein, sondern einen Schlitz aufweisen, der privaten Unternehmen die Zulieferung ermöglichen wird.

Die derzeitige Debatte um die bevorstehende Liberalisierung verirrt sich in alle möglichen Richtungen: Kann man unter diesen neuen Rahmenbedingungen eine Versorgung im ländlichen Bereich garantieren? Werden die Massenwerbungen durch Direct Mails ersetzt werden? Wer muss die Kosten für die neuen Briefkästen tragen? Es fehlt an Weitblick, langfristige Überlegungen werden nicht angestellt. Selbst die Kosten-Nutzen-Überlegungen fallen eng aus. Einseitig ist davon die Rede, dass der Wettbewerb zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würde. Keiner fragt danach, welche Arbeitsmodelle die neuen Anbieter einführen werden - selbst wenn es nahe liegt, dass diese Bewährtes fortsetzen und folglich dem Lohnnebenkosten sparenden Werkvertrag weiterhin den Vorzug geben werden. Das wird aus rechtlichen Gründen nicht in allen Bereichen des Verteilerwesens

möglich sein. Der sozial abgesicherte Postbote könnte aber dennoch der Vergangenheit angehören. Die volkswirtschaftlichen Verluste durch die atypischen Beschäftigungen müssten sich nach wenigen Jahren zeigen.

Das Puzzle zusammen zu setzen ist nicht schwer – warum tut es bloß keiner?

Wie wir gesehen haben, kann man sich leicht das wahrscheinlichste Zukunftsszenario für das österreichische Verteilerwesen ausmalen. Die Journalisten in den Chefetagen wissen über diese Entwicklungen Bescheid. Schließlich sitzen sie ja teilweise auch in den Unternehmensleitungen der Zeitungsverlage und kennen den Weg der Zeitung von der Druckerei bis vor die Haustüre. Warum, so die nahe liegende Frage, erscheint nicht endlich der große Aufmacher über das Ende des herkömmlichen Zeitungsausträgers?

Man verfasst eben nicht gerne Artikel, die einem selbst schaden könnten! Die für Österreich typische Medienverflechtung ermöglicht es auch, dass der eine dem anderen Medienmacher Rückendeckung geben kann. Selten nur tanzt einer aus der Reihe. 2005 setzte der Kolumnist und Eigentümer eines der größten europäischen Boulevardblätter die stumpfe Feder an und bezichtigte das Konkurrenzblatt der Beschäftigung von „Illegalen“. Der Vorwurf verhallte schnell, schließlich gab es angeblich Wichtigeres (aus dem Weltgeschehen) zu berichten.

Sociology goes public

Aufgabe des Soziologen ist es soziale Realität zu beschreiben und zu erklären. Beides ist nicht einfach. Hat der Soziologe aber das „soziale Dickicht“ durchschaut, wäre es widersinnig, wenn er nicht zur gesellschaftlichen Aufklärung beitragen wollte. Da es unwahrscheinlich ist, dass Tageszeitungen das vorliegende Thema aufgreifen werden, hat das Grazer Autorenkollektiv andere Wege gesucht, um ihre Forschungsergebnisse bekannt zu machen. Eine Podiumsdiskussion findet am 8. März um 19.00 am Institut für Soziologie statt. Eine aktionistische Installation in der Grazer Innenstadt wird die Passanten auf ihre Zeitungsausträger aufmerksam machen. So

nebenbei gefragt: Kennen sie eigentlich Ihren Zeitungsausträger?

Anmerkung:

¹ Obwohl die folgenden Beispiele eine einseitige Abhängigkeit beschreiben, wurde der Begriff Interdependenz aus guten und aktuellen Gründen gewählt. Die Arbeitsniederlegung im Zusammenhang mit dem sog. „Karikaturenstreik“ von etwa 30 Austrägern in Graz hat u. a. gezeigt, dass selbst in der bezüglich Machtverteilung asymmetrischen binären Figuration Verteilerunternehmen-Austräger im Grunde Interdependenzen und nicht Dependenz vorliegen.



Literaturhinweis:

Matthias Aberer, Philipp Korom, Eva Postl, Daniela Reischl, Matthias Revers & Barbara Schantl (2006): *Wo bleibt heute die Zeitung? Arbeits- und Lebensbedingungen von ZeitungsausträgerInnen*. Innsbruck: Studienverlag.

Philipp Korom studiert Soziologie und Psychologie an der Universität Graz.

Soziologie im Bild - Bilder der Soziologie

Ausgesucht von Daniela Jauk.

SOCIAL IMPACT

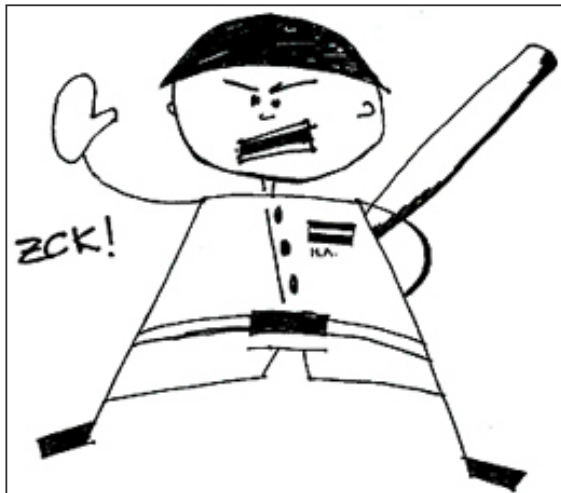
Soziologisch sind nicht nur die temporären Kollaborateur/innen in diversen Projekten, sondern auch die Herangehensweise an soziopolitische Konfliktfelder, denen sich Social Impact (gegründet 1997 von Harald Schmutzhard) mit den Mitteln von Kunst und Aktionsforschung seit 1997 in Oberösterreich und international widmet. Die interdisziplinären Arbeiten von Social Impact entstehen in Reaktion auf aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen und wollen daher auch in deren Kontext betrachtet werden. Aufbauend auf soziologischer Analyse des Handlungsfeldes thematisieren die jüngsten Projekte räumliche, soziale und ökonomische Handlungsrahmen von Randgruppen. Berühmt geworden sind in Österreich bereits die Piktogramme und dazugehörige merchandising – Angebote der Agentur no_milk//no_honey zum Umgang des Gesetzgebers und der Polizei mit AsylwerberInnen (siehe Abbildungen). Weniger bekannt sind möglicherweise Kunstprojekte zur Situation illegaler ausländischer Putzfrauen, Sexarbeiterinnen an der österreichisch-tschechischen Grenze oder ein Notpalast für Obdachlose in Wien. Ein "common (RE)source center" – das im Laufe des kommenden Jahres entstehen soll - verspricht die kostenfreie Offenlegung von Methoden und Strategien zur gesellschaftlichen Weiterentwicklung und bildet ein Gegengewicht zum gesellschaftlichen Mainstream der kommerziellen Verwertbarkeit von Archiven.



Was Ernst Str. im Urlaub trägt!

Zu den Bildern auf dieser Seite: Unter dem Projekttitle „austria.waits for you!“ wurden nicht nur Informationsfolder für potentielle Immigrant/innen, sondern auch Piktogramme entwickelt, die je einen von der Polizei zu verantwortenden Todesfall im Zuge von Asylverfahren repräsentieren. Mittels einer „Sommerkollektion“ sollen die Inhalte speziell an Jugendliche vermittelt werden.





Zu den Bildern auf dieser Seite: GULP! ist die neuere grafische Linie, die vom Asyl- und Fremden-gesetz 2005 inspiriert ist. Ein Soldat (das Asyl-gesetz ermöglicht die direkte Abweisung von Schutzbedürftigen an der Staatsgrenze) und eine Krankenschwester (Zwangsernährung von Hungerstreikenden in Justizanstalten wurde ermöglicht) stehen für insgesamt 11 Verstöße des neuen Gesetzes gegen die Genfer Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention.



Alle Projekte, Archiv und webshop auf
<http://www.social-impact.at/> .

Newsletter-Redaktion

Chefredakteur

Christian Dayé

Kontakt: newsletter@oegs.ac.at

Redaktionelle Mitarbeit

Sandra Ernst-Kaiser

Daniela Jauk

Stefan Laube

Johanna Muckenhuber

Markus Schweiger